



Ostdeutschland – Deutschlands Chance für Europas Aufbruch

Realisierungsagenda für eine Wachstumsregion

Unternehmerbefragung zum
Ostdeutschen Unternehmertag 2026



Ostdeutsche Allgemeine



OSTDEUTSCHER
UNTERNEHMERTAG

UV

Interessengemeinschaft der
Unternehmerverbände
Ostdeutschlands und Berlin

Diese Studie widmet sich der Frage, warum die vorhandenen Chancen in Ostdeutschland zu häufig nicht realisiert werden – und was sich ändern muss, damit aus Potenzial wirtschaftliche Wirklichkeit wird

Die zentrale Diagnose:

Das Problem ist nicht der Mangel an Potenzial. Das Problem ist die Lücke zwischen Potenzial und Realisierung.

Die Konsequenz:

Ostdeutschland muss vom Fördergebiet zum Realisierungsraum werden: Nicht der Staat definiert, was entstehen soll. Unternehmen benennen reale Chancen – und der Staat schafft die Bedingungen, damit sie umgesetzt werden können.

Herausgegeben für den **Ostdeutschen Unternehmertag 2026** durch die Interessengemeinschaft der Unternehmensverbände Ostdeutschlands und Berlin und gemeinsam mit der Ostdeutschen Allgemeinen Zeitung (OAZ) erarbeitet.

4. September 2026, Potsdam

Ostdeutschland verfügt über mehr
wirtschaftliches und technologisches
Potenzial, als heute in Investitionen,
Wertschöpfung und Wachstum übersetzt
wird

Das müssen wir ändern.

ÜBERSICHT

Geleitworte	4
Die Anforderung in 90 Sekunden	6
Das Ost-Paradox	10
Zentrale Aussagen	12
Von der Risikominimierung zur Chancenmaximierung	17
Wollen. Können. Dürfen.	20
Warum Ostdeutschland?	23
Was aus Wachstum entstehen soll	26
Was „Realisierungsraum“ konkret bedeutet	28
Vom Papier zum ersten Vorhaben	31
Methodik	33
Die zehn Kernerkenntnisse als Onepager	34

GELEITWORTE

Vier von fünf der befragten Unternehmen unterstützen das Konzept von „Erprobungsräumen“ in Ostdeutschland – man kann es auch Sonderwirtschaftszonen nennen. Dies muss zu denken geben: Offenbar haben wir in Deutschland ein Regulierungsgeflecht geschaffen, das unternehmerische Initiative mit dem Ziel von Risikovermeidung und überzogener Einzelfallgerechtigkeit so stark einengt, dass gesamtwirtschaftlich sinnvolle Entwicklungen unterbunden werden. Das schwache Wachstum, das sich in ganz Deutschland seit 2019 verfestigt hat, hat nicht allein globale Ursachen, sondern ist zu einem guten Teil hausgemacht. Offenbar bringt die Bundesregierung nicht die Kraft auf, dies für ganz Deutschland zu ändern. Insoweit ist es folgerichtig, wenigstens in einem beschränkten Wirtschaftsraum anzufangen. Wenn das gelingt, kann eine stärkere Deregulierung Vorbild für Reformen in ganz Deutschland sein.

Der Vorschlag ist nicht neu: Fünf große wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute haben bereits 2002 in einem Gutachten für die Bundesregierung genau diesen Ansatz unterbreitet, verbunden mit der Prognose: Wenn nichts geschieht, ist der Aufholprozess in Gefahr. Die Politik kann sich also nicht darauf zurückziehen, dass sie es nicht hätte wissen können. Damals wurde allerdings die „Einheitlichkeit des Rechtssystems“ als Argument gegen eine räumlich und zeitlich begrenzte Deregulierungsoffensive vorgebracht. Angesichts des verfestigenden Abstands in der Wirtschaftskraft zwischen Ost- und Westdeutschland und einer nochmals deutlich gestiegenen Regulierungsdichte ist es an der Zeit, diesen Gedanken erneut aufzugreifen.

Dabei geht es nicht um Sozialabbau oder die Beseitigung wichtiger umweltpolitischer Standards, sondern um Berichts- und Nachweispflichten, kostentreibende Vorgaben und Standards sowie Bürokratiekosten durch unzureichende Digitalisierung und Doppel- und Dreifachstrukturen.

Der Vorschlag einer Sonderwirtschaftszone zielt ausdrücklich nicht auf Steuerermäßigungen oder eine Ausweitung der Fördermittel. Das hierfür benötigte Geld steht im Bundeshaushalt nicht zur Verfügung, und es wäre ohnehin Symptombekämpfung: der Ausgleich statt die Beseitigung von Standortnachteilen. Das geltende Regulierungsniveau ist in ganz Deutschland ein Wachstumshemmnis; in Ostdeutschland und anderen strukturschwachen Regionen wirken sich die damit Kosten jedoch besonders negativ aus. Die Folge: Unternehmerische Initiative wird gedämpft, Chancen werden nicht wahrgenommen und Wachstumspotenziale verschenkt. Das können wir uns nicht mehr leisten – in Ostdeutschland nicht, aber auch in ganz Deutschland nicht.

Wer mit Fachleuten in den für Wirtschaft zuständigen Ministerien spricht, merkt schnell: Auf der Arbeitsebene gibt es kein Erkenntnisproblem. Umsetzungsprobleme entstehen vielmehr dadurch, dass Entscheidungen von anderen Ressorts „mitgezeichnet“ werden müssen, die Regulierungsfragen aus ihrer jeweiligen Fachperspektive beurteilen. Gesamtwirtschaftliche Aspekte spielen dabei zumeist eine untergeordnete Rolle.



Prof. Dr. Joachim Ragnitz

Stellvertretender Leiter der ifo Niederlassung Dresden

Deshalb ist es letztlich ein Versagen der politischen Führung, dass es nicht vorangeht. Wirtschaftspolitik muss wieder Chefsache werden, also der unmittelbaren Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers unterliegen.

Leider sind wir, aller gegenteiligen Rhetorik zum Trotz, davon seit beinahe 25 Jahren weit entfernt. Es wird Zeit für eine „Agenda 2030“ – für ganz Deutschland, aber auch für die ostdeutschen Länder.

Deutschland hat kein Erkenntnisproblem mehr. Wir wissen seit Jahren, wo es hakt: bei Energiepreisen, Bürokratie, Infrastruktur, Fachkräften, Finanzierung und fehlender Verlässlichkeit. Für viele Unternehmen ist deshalb längst nicht mehr die Frage, ob sich etwas ändern muss. Die Frage ist, ob es noch rechtzeitig geschieht. Gerade in Ostdeutschland erleben wir diese Entwicklung besonders deutlich. Unsere Wirtschaft ist stärker mittelständisch geprägt, wir haben weniger Konzernzentralen und weniger wirtschaftspolitische Durchsetzungskraft in Berlin. Gleichzeitig trifft uns der demografische Wandel früher und härter.

Viele Unternehmer haben schon vor Jahren gespürt, dass sich die Lage verschlechtert. Zu oft wurde diese Kritik als Jammern abgetan. Heute sehen wir: Viele dieser Warnungen waren berechtigt.

Trotzdem wäre es falsch, Ostdeutschland nur über seine Probleme zu definieren. Der Osten hat gelernt, aus wenig viel zu machen. Er hat Transformation erlebt, industrielle Kompetenz bewahrt und immer wieder Lösungen gefunden, auch wenn die Bedingungen schwierig waren. Dieses praktische Können ist eine Stärke. Aber es reicht nicht, dauerhaft die Werkbank Deutschlands zu bleiben. Wir brauchen neue eigene Wettbewerbsvorteile, mehr Innovation und mehr unternehmerische Dynamik.

Dafür muss sich auch Wirtschaftspolitik verändern. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Er soll Unternehmen nicht sagen, welche Geschäftsmodelle funktionieren. Aber er muss Bedingungen schaffen, unter denen gute Ideen umgesetzt werden können: mit verlässlichen Regeln, funktionierender Infrastruktur, schnellen Entscheidungen und einem vernünftigen Umgang mit unternehmerischem Risiko.

Die vorliegende Studie setzt genau an diesem Punkt an. Sie fragt nicht nur, was Ostdeutschland fehlt, sondern was getan werden muss, damit vorhandene Chancen tatsächlich realisiert werden können. Das ist der richtige Blickwinkel.

Dabei sollten wir Ostdeutschland stärker als gemeinsamen Wirtschaftsraum verstehen. Nicht jedes Bundesland muss jedes Zukunftsfeld für sich entwickeln. Entscheidend ist, Cluster dort aufzubauen, wo sie wirtschaftlich sinnvoll sind, und dabei auch unsere Nachbarn in Polen und Tschechien mitzudenken.

Wir brauchen wieder einen Zustand, in dem Unternehmen investieren, erproben und wachsen können, ohne an unnötiger Reibung zu scheitern. Einen Zustand, in dem wir wieder richtig durchziehen können.

Wenn es gelingt, Ostdeutschland vom Fördergebiet zum Realisierungsraum zu entwickeln, wäre das mehr als Regionalpolitik. Es könnte ein Modell dafür sein, wie Deutschland insgesamt wieder wettbewerbsfähiger wird.

Max Jankowsky

Unternehmer und Sprecher des Heringsdorfer Kreises der 15 ostdeutschen IHKs



DIE ANFORDERUNG IN 90 SEKUNDEN

DIE HANDBREMSE LÖSEN. POTENZIAL IST VORHANDEN. ZU WENIG DAVON WIRD REALISIERT.

Viele Unternehmen in Ostdeutschland wollen investieren, wachsen und neue Geschäftsfelder erschließen. **62,3 Prozent** der Befragten planen grundsätzlich Investitionen oder Erweiterungen, bereiten diese bereits vor oder haben sie beschlossen. Bei **37,7 Prozent** hängt die Investitionsbereitschaft ausdrücklich von den Rahmenbedingungen ab.

Damit stellt sich eine sehr praktische Frage: Was muss sich ändern, damit aus unternehmerischem Wollen tatsächliche Investition wird?

98,7 %

sagen: Schnellere Behörden und digitale Verfahren allein reichen nicht. Teilweise verhindern die zugrunde liegenden Regeln selbst sinnvolle wirtschaftliche Vorhaben.

92,4 %

befürworten mehr unternehmerische Freiheit, wenn damit zugleich mehr Eigenverantwortung und Haftung verbunden sind.

88,3 %

fordern, Chancen stärker zu berücksichtigen und die Risiken des Nichthandelns ebenso ernst zu nehmen wie die Risiken einer Entscheidung.

Chancen maximieren statt nur Risiken minimieren

Deutschland ist gut darin, Risiken vor einer Entscheidung zu identifizieren und möglichst weit auszuschließen. Weniger sichtbar sind die Schäden, die entstehen können, wenn Entscheidungen ausbleiben: Investitionen finden nicht statt, Unternehmen werden nicht gegründet, Technologien gelangen im Ausland zur Marktreife und Marktpositionen gehen verloren.

Chancenorientierte Wirtschaftspolitik bedeutet deshalb nicht, Risiken zu ignorieren. Sie bedeutet, Risiken zu begrenzen, Verantwortung klar zuzuordnen und dennoch Handeln zu ermöglichen.

Aus unternehmerischem Handeln lernen

In komplexen Märkten lässt sich nicht jede Wirkung einer neuen Technologie oder eines neuen Geschäftsmodells im Voraus verlässlich berechnen. Praktische Erprobung unter klaren Bedingungen liefert häufig schneller belastbare Erkenntnisse: Welche Risiken treten tatsächlich ein? Welche lassen sich beherrschen? Und welche Regeln sind notwendig – oder überflüssig?

Das verlangt Augenmaß, aber auch mehr Vertrauen in Unternehmer. Sie tragen schon heute Verantwortung für Beschäftigte, Kunden, Kapital und häufig für ganze Standorte. Einzelne Regelverstöße oder Fehlentscheidungen rechtfertigen deshalb nicht, unternehmerisches Handeln grundsätzlich unter immer neue Vorabauflagen zu stellen. Wer neue Lösungen frühzeitig praktisch erprobt, lernt schneller und kann daraus einen Wettbewerbsvorsprung entwickeln.

Ein Unternehmer formulierte es in den Vision Talks sinngemäß so:

Regulierung sollte schützen und ermöglichen. Wir müssen die Regeln so weit reduzieren, bis sie wieder als gesellschaftlicher Mehrwert empfunden werden und nicht primär als Bremse.

Der Staat als Ermöglicher

Unternehmen erkennen Chancen und entscheiden, welche Vorhaben wirtschaftlich sinnvoll sind. Der Staat muss ihnen nicht erklären, was sie unternehmen sollen. Seine Aufgabe ist es, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, unnötige Barrieren zu beseitigen, Infrastruktur bereitzustellen, Kapital zu mobilisieren und dort Risiken mitzutragen, wo einzelne Unternehmen sie nicht allein tragen können, der mögliche Nutzen aber über das einzelne Unternehmen hinausgeht.

Das bedeutet ausdrücklich mehr als Bürokratieabbau. **63,3 Prozent** der Befragten halten Energiepreise, Infrastruktur, Steuern und Förderung für wichtiger als zusätzliche regulatorische Freiräume. Wettbewerbsfähige Standortbedingungen und mehr Raum für unternehmerisches Handeln gehören zusammen.

Ostdeutschland als Realisierungsraum

Ostdeutschland soll zu einem Wirtschaftsraum werden, in dem Unternehmen bestehende Geschäfte und neue Vorhaben unter chancenorientierteren Rahmenbedingungen realisieren können. Wo konkrete Regeln wirtschaftlich sinnvolle Vorhaben verhindern, müssen sie gezielt verändert, zeitlich oder räumlich begrenzt ausgesetzt oder durch intelligentere Formen der Absicherung ersetzt werden können.

Warum Ostdeutschland? Nicht weil dort geringere Standards gelten sollen. Sondern weil die Region in vielen Bereichen weniger durch etablierte Strukturen und Besitzstände geprägt ist. Wo bestehende Systeme weniger dominant sind, müssen neue Lösungen nicht immer erst beweisen, dass sie vom ersten Tag an leistungsfähiger sind als über Jahrzehnte optimierte Strukturen.

Hinzu kommt eine Haltung, die mehrere Unternehmer in den Vision Talks beschrieben haben: In Ostdeutschland gibt es noch viele Unternehmer und Beschäftigte, die **Wachstum ausdrücklich wollen** – die aufbauen, investieren und etwas größer machen wollen, statt vor allem einen erreichten Status zu verteidigen.

Gerade deshalb kann Ostdeutschland ein geeigneter Ort sein, neue wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen praktisch zu erproben. Was funktioniert, soll anschließend keine ostdeutsche Sonderregel bleiben, sondern Deutschland und Europa zur Verfügung stehen.

Die Instrumente dafür sind bereits da

Das ist kein wirtschaftspolitisches Wunschdenken. Mit dem 2026 vom Bundestag beschlossenen **Bundeserprobungsgesetz** hat Deutschland einen übergreifenden Rahmen geschaffen, um Innovationen und neue Verfahren unter realen Bedingungen zu erproben, dabei teilweise von bestehenden Vorgaben abzuweichen und erfolgreiche Lösungen anschließend in allgemeines Recht zu überführen.

Auch international ist dieser Ansatz etabliert. Die OECD empfiehlt regulatorische Erprobungsräume ausdrücklich als Instrument, um Chancen und tatsächliche Risiken von Innovationen unter kontrollierten Bedingungen schneller zu erkennen und Regulierung auf Grundlage realer Erfahrungen weiterzuentwickeln. Ihr 2025 veröffentlichtes „Regulatory Sandbox Toolkit“ beschreibt dafür konkrete Verfahren von Risikomanagement und Aufsicht bis zur Evaluation.

Die eigentliche Bewährungsprobe: politische Verlässlichkeit

Auch an der Bereitschaft der Unternehmen fehlt es nicht: **82,3 Prozent** der Befragten unterstützen räumlich, zeitlich und sachlich begrenzte regulatorische Erprobungsräume; **83,3 Prozent** befürworten Ostdeutschland als Erprobungsregion. Die Befürchtung, dass dabei der Schaden durch geschwächte Schutzstandards größer wäre als der wirtschaftliche Nutzen, teilen lediglich **3,9 Prozent; 61,0 Prozent** widersprechen ihr.

Die größere Sorge gilt der politischen Umsetzung selbst. Bezogen auf eine wirtschaftspolitische Erprobungsregion nennen **24,1 Prozent** fehlende politische Kontinuität über Legislaturperioden hinweg als größtes Risiko; weitere **11,4 Prozent** sehen vor allem die Gefahr politischer Vereinnahmung.

Damit entsteht ein bemerkenswerter Befund: **Nicht fehlende Instrumente oder mögliche Schutzverluste werden als größte Gefahr gesehen, sondern dass ein eingeschlagener Weg politisch nicht verlässlich durchgehalten wird.** Neue wirtschaftspolitische Freiräume sind nur dann investitionswirksam, wenn Unternehmen darauf vertrauen können, dass Regeln, Zuständigkeiten und politische Unterstützung nicht mit der nächsten politischen Konjunktur wieder verschwinden.

Die Bereitschaft ist da, für diese wirtschaftspolitische **Initiative von Erprobungsräumen in Ostdeutschland**. Die Instrumente sind angelegt. Entscheidend ist jetzt, sie an realen wirtschaftlichen Vorhaben zu nutzen – und den eingeschlagenen Weg verlässlich durchzuhalten.



Was daraus folgt

Die Befunde ergeben kein fertiges wirtschaftspolitisches Modell. Sie weisen aber auf einen anderen Arbeitsmodus: bei konkreten unternehmerischen Vorhaben beginnen und vorhabenbezogen klären, was ihre Umsetzung regulatorisch, finanziell oder infrastrukturell verhindert. Die Studie schlägt dafür einen ersten **100-Tage-Realisierungsprozess** vor. Wie dieser aussehen kann, wird am Ende der Studie beschrieben.

DAS OST-PARADOX

OSTDEUTSCHLAND IST STÄRKER, ALS SEINE INVESTITIONSDYNAMIK VERMUTEN LÄSST.

Die wirtschaftliche Debatte über Ostdeutschland folgt noch immer häufig einem Defizitmodell: zu geringe Produktivität, zu wenig Kapital, zu wenige große Unternehmen. Diese Unterschiede bestehen. Sie beschreiben aber nur einen Teil der Realität.

Denn gleichzeitig verfügt die Region über erhebliche wirtschaftliche und technologische Substanz. Knapp **60 Prozent** der 1.500 Befragten des Transformationsbarometers des Ostdeutschen Wirtschaftsforums sehen großes wirtschaftliches Potenzial in Ostdeutschland. Gleichzeitig plant etwa ein Viertel keine Investitionen, ein weiteres Viertel lediglich Investitionen auf bisherigem Niveau.

Auch andere Daten zeigen diesen Widerspruch. Die Unternehmensinvestitionen liegen laut ifo Institut nur bei ungefähr **zwei Dritteln des westdeutschen Niveaus**. Gleichzeitig kommt eine Untersuchung von Bertelsmann Stiftung und Institut der deutschen Wirtschaft zu dem Ergebnis, dass etwa **10 Prozent** der ostdeutschen Unternehmen zu den Technologieführern zählen – ungefähr doppelt so viele wie in Westdeutschland. Auch bei Prozessinnovationen und der Zusammenarbeit mit Wissenschaftseinrichtungen zeigen sich besondere Stärken.

Investitionsbereitschaft ist vorhanden

Unsere Unternehmerbefragung bestätigt dieses Bild aus einer anderen Perspektive. **62,3 Prozent** der Befragten planen grundsätzlich Investitionen oder Erweiterungen, bereiten sie vor oder haben sie bereits beschlossen. Bei **37,7 Prozent** hängt die Investitionsbereitschaft ausdrücklich von den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ab. Aber nur **24,7 Prozent** haben Investitionen bereits konkret beschlossen oder befinden sich in der Vorbereitung.

Das deutet auf einen entscheidenden Unterschied hin: Es fehlt nicht nur an Investitionsbereitschaft. Ein erheblicher Teil dieser Bereitschaft muss erst in tatsächliche Investitionen übersetzt werden.

Genau diese Lücke zieht sich auch durch die Vision Talks. Ein Unternehmer beschreibt den Technologietransfer so:

Wir haben tolle Unis, aber der wirtschaftliche Transfer bleibt aus.

Ein anderer formuliert die grundsätzliche Erfahrung:

Im Grunde geht viel, wenn man die richtigen Leute an den Tisch bekommt und der Wille stimmt.

Ein anderer formuliert die grundsätzliche Erfahrung:

Wir brauchen einen Zustand, in dem wir mal wieder richtig durchziehen können.

Die Aussagen unterscheiden sich im Detail, das Muster bleibt gleich: Es mangelt nicht zuerst an Ideen. Genannt werden vielmehr fehlender Zugang zu passendem Kapital, ein zu schwacher Transfer von Forschung in Unternehmen, langwierige Verfahren, fehlende politische Verlässlichkeit sowie wirklichkeitsfremdes Vorgehen in Infrastruktur- und Energiefragen.

Mehr Substanz, als wirtschaftlich sichtbar wird

Auch bei den Stärken ergibt sich aus den Gesprächen ein konsistentes Bild. Genannt werden innovative mittelständische Unternehmen und Hidden Champions, leistungsfähige Hochschulen, industrielle Kompetenzen, verfügbare Flächen und bestehende Cluster. Hinzu kommt eine Fähigkeit, die sich schwerer messen lässt: die Erfahrung mit tiefgreifender Veränderung.

Mehrere Unternehmer beschreiben Ostdeutschland als eine Region, in der Menschen gelernt haben, neu anzufangen, sich anzupassen und mit begrenzten Ressourcen Lösungen zu finden. Einer spricht vom ostdeutschen „Gefriemel“ – der Fähigkeit, für ein konkretes Problem irgendwie eine funktionierende Lösung zu entwickeln. Andere nennen Pragmatismus, Transformationskompetenz und eine weiterhin ausgeprägte Bereitschaft, etwas aufzubauen.

Diese Eigenschaften ersetzen weder Kapital noch wettbewerbsfähige Energiepreise oder gute Infrastruktur. Sie sind aber wirtschaftliches Potenzial, das bislang nur unzureichend genutzt wird.

Der Engpass liegt zwischen Fähigkeit und Umsetzung

Das Ost-Paradox besteht deshalb nicht darin, dass einer wirtschaftlich schwachen Region weitere Stärken zugeschrieben werden sollen.

Es besteht darin, dass **vorhandene Stärken bislang nicht im gleichen Maß in Investitionen, Skalierung und Wertschöpfung übersetzt werden.**

Genau dort muss Wirtschaftspolitik ansetzen: beim Transfer von Wissenschaft in Wirtschaft, beim Zugang zu Kapital, bei Infrastruktur und Energie, bei verlässlichen politischen Rahmenbedingungen und bei Regeln, die unternehmerische Umsetzung ermöglichen statt verhindern.

Ostdeutschland muss nicht erst wirtschaftliches Potenzial entwickeln. Entscheidend ist, mehr von dem vorhandenen Potenzial wirtschaftlich wirksam werden zu lassen.

ZENTRALE AUSSAGEN

Was ostdeutsche Unternehmer sagen

An der Unternehmerbefragung beteiligten sich **138 Teilnehmer aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin**. Die Befragten kommen aus einem breiten Spektrum von Branchen; **88,3 Prozent** derjenigen, die ihre Funktion angaben, sind Eigentümer, Geschäftsführer oder Vorstände.

Die Ergebnisse zeigen einen ungewöhnlich breiten Konsens: Sämtliche zehn zur Diskussion gestellten Hypothesen erreichen mehr als 80 Prozent Zustimmung. Unterschiede zeigen sich vor allem darin, **was den Unternehmern besonders wichtig ist und wo sie die größten Hindernisse sehen**.

1. Nichtstun ist auch ein Risiko

88,3 % stimmen der Forderung zu, wirtschaftspolitische Entscheidungen stärker danach zu beurteilen, welche Chancen durch Nichthandeln verloren gehen. Unter den drei wichtigsten Forderungen an die Politik landet dieser Perspektivwechsel sogar auf Platz zwei.

Nichthandeln meint dabei das Unterlassen einer möglichen Entscheidung oder Maßnahme. Auch das hat einen Preis: Ökonomisch entstehen Opportunitätskosten – der Wert der Chancen, auf die durch Nichtstun verzichtet wird.

Die Botschaft dahinter ist einfach: Ein regulatorisch vermiedenes Risiko ist nicht automatisch ein wirtschaftlicher Erfolg. Auch eine nicht getätigte Investition, eine nicht entwickelte Technologie oder ein nicht aufgebauter Markt kann erhebliche Kosten verursachen.

2. Nicht nur schneller – hinderliche Regeln müssen sich ändern

Hier besteht der größte Konsens der gesamten Befragung:

98,7 %

sagen, dass schnellere Behörden, digitale Verfahren und kürzere Bearbeitungszeiten allein nicht ausreichen. In bestimmten Fällen verhindern die zugrunde liegenden Regeln selbst wirtschaftlich sinnvolle Vorhaben.

82,3 %

unterstützen deshalb räumlich, zeitlich und sachlich begrenzte regulatorische Erprobungsräume.

Noch deutlicher wird die Priorität bei der direkten Auswahl der wichtigsten Forderungen: **51,9 Prozent** nennen den Abbau von Regularien, die wirtschaftliche Chancen verhindern, als eine ihrer drei wichtigsten Aufgaben. Damit liegt dieser Punkt an erster Stelle.

3. **Gestaltungs- willen braucht Freiraum**

92,4 % unterstützen mehr unternehmerische Freiheit, auch wenn damit zugleich größere Eigenverantwortung und Haftung verbunden sind. Dies darf aber nicht als Forderung eines Freifahrtscheins verstanden werden. **91,0 Prozent** stimmen zugleich einer starken und stabilen rechtsstaatlichen Wirtschaftsordnung zu.

Die Unternehmerperspektive ist damit klar: Wer investiert, entscheidet und wirtschaftliche Chancen verfolgt, braucht Handlungsspielraum. Verantwortung dafür zu übernehmen, ist keine zusätzliche Gegenleistung, sondern selbstverständlicher Bestandteil des Unternehmertums.

Offenheit ist kein Zusatz, sondern Voraussetzung

91,0 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass wirtschaftliche Freiheit Rechtsstaatlichkeit, gesellschaftliche Offenheit und gleiche unternehmerische Chancen für Menschen unabhängig von Herkunft und Biografie voraussetzt. Gleichzeitig zählt nur gut ein Viertel diesen Punkt zu seinen drei wichtigsten Forderungen.

In den Vision Talks entstand dafür eine einfache Erklärung: Für die Unternehmer ist diese Offenheit weitgehend selbstverständlich. Eine exportorientierte Wirtschaft braucht offene Märkte. Unternehmen, Forschungseinrichtungen und zunehmend auch der Mittelstand brauchen Fachkräfte aus aller Welt. Entscheidend sind Qualifikation, Leistungsbereitschaft und faire Chancen – nicht Herkunft oder Biografie.

Kritik an Migration bezog sich in den Gesprächen deshalb vor allem auf die Qualität staatlicher Migrations- und Integrationspolitik: auf komplizierte Verfahren, Schwierigkeiten bei der Beschäftigung ausländischer Fachkräfte und die Erwartung, dass ein Land mit jahrzehntelanger Migrationserfahrung Integration administrativ besser organisieren können muss.

Mehrere Gesprächspartner äußerten zugleich Sorge über das öffentliche Bild Ostdeutschlands. Pauschale Darstellungen der Region als fremdenfeindlich oder rechtsextrem schaden aus ihrer Sicht nicht nur der gesellschaftlichen Debatte, sondern ganz konkret der Gewinnung von Mitarbeitern, Kunden und internationalen Geschäftspartnern.

**Weltoffenheit ist für diese Unternehmer kein Imageprogramm.
Sie ist wirtschaftliche Realität und Standortvoraussetzung.**

4. Politik soll Barrieren beseitigen – nicht Unternehmen erklären, wo ihre Chancen liegen

89,6 % stimmen dafür, bei konkreten Unternehmensprozessen anzusetzen – beim Gründen, Finanzieren, Bauen, Einstellen, Produzieren, Zulassen, Verkaufen oder Erweitern statt bei abstrakten Masterplänen.

89,9 % fordern, dass die Politik regulatorische oder andere staatliche Rahmenbedingungen schaffen muss, die den Zugang zu neuen Technologien und Geschäftsmodellen erleichtern.

Politik sollte gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Zukunftsfelder früh erkennen und gemeinsam mit der Wirtschaft erschließen. **Wenn Staat und Unternehmen von Beginn an eng synchronisiert arbeiten, können Regulierung, Infrastruktur und Investitionen so zusammenspielen, dass aus neuen Chancen schneller Wachstum entsteht.**

Passend dazu nennen 29,1 Prozent als wichtigsten ersten politischen Schritt, konkrete regulatorische Hindernisse in realen Unternehmensprozessen zu erfassen.

5. Ostdeutschland als Vorreiter für Deutschland und Europa

83,3 % unterstützen die Idee, Ostdeutschland als Region für neue wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen zu nutzen.

83,1 % halten es für wichtig, erfolgreiche Lösungen anschließend auf Deutschland und Europa zu übertragen.

Auch die politische Koordination findet mit **81,0 Prozent** breite Zustimmung. Sie steht für die Befragten allerdings nicht im Mittelpunkt. Entscheidend ist weniger, welche Institution das Vorhaben führt, sondern dass die wirtschaftlichen Voraussetzungen tatsächlich geschaffen werden.

Die drei wichtigsten Prioritäten

51,9 %

Regularien abbauen, die wirtschaftliche Chancen verhindern.

50,6 %

Chancen stärker gewichten und die Risiken des Nichthandelns berücksichtigen.

41,8 %

Chancen stärker gewichten und die Risiken des Nichthandelns berücksichtigen.

Gemeinsam ergeben sie einen klaren Auftrag:

Chancen erkennen. Hinderliche Regeln verändern. Neue Lösungen praktisch erproben.

Was dabei nicht übersehen werden darf

Regulatorischer Freiraum ist kein Ersatz für gute Standortpolitik. **63,3 Prozent** der Befragten halten Energiepreise, Infrastruktur, Steuern und Förderung für wichtiger als zusätzliche regulatorische Freiräume.

24,1 Prozent nennen fehlende politische Kontinuität über Legislaturperioden hinweg als größte Gefahr, weitere **11,4 Prozent** eine politische Vereinnahmung des Vorhabens.

Die Unternehmer fordern damit keinen wirtschaftspolitischen Sonderweg um jeden Preis. Sie fordern wettbewerbsfähige Standortbedingungen, mehr Raum für konkrete unternehmerische Lösungen – und einen Staat, der verlässlich genug ist, einen eingeschlagenen Weg auch durchzuhalten.

VON DER RISIKOMINIMIERUNG ZUR CHANCENMAXIMIERUNG

***RISIKEN DES HANDELNS UND SCHÄDEN DES NICHTHANDELNS GEHÖREN
IN DIESELBE RECHNUNG.***

Deutschlands ausgeprägte Sicherheitsorientierung ist nicht irrational. Im Gegenteil: Sie war über Jahrzehnte Teil eines erfolgreichen Wirtschaftsmodells. Autos, Kraftwerke, Flugzeugturbinen, Chemieanlagen oder Medikamente verlangen höchste Zuverlässigkeit. Deutsche Unternehmen sind weltweit erfolgreich geworden, weil sie Fehler systematisch vermeiden, Prozesse beherrschen und Qualität absichern. In solchen Industrien ist Risikominimierung kein Hemmnis, sondern Voraussetzung für Erfolg.

Doch diese Stärke kann zur Schwäche werden, wenn ihre Logik auf Bereiche übertragen wird, in denen Innovation anders entsteht.

Was gestern Stärke war, kann morgen bremsen

Software, künstliche Intelligenz, neue Geschäftsmodelle oder viele neue Technologien entwickeln sich iterativ. Nicht jede Wirkung lässt sich vorab vollständig berechnen. Erkenntnis entsteht auch dadurch, dass Lösungen unter im realen Markt eingesetzt, beobachtet und verbessert werden.

Eine auf maximale Vorabsicherung ausgerichtete Ordnung hat damit ein systematisches Problem: Die Risiken einer Entscheidung sind unmittelbar sichtbar. Die Kosten einer unterlassenen Entscheidung treten häufig später auf und lassen sich schwerer jemandem zurechnen.

Eine Genehmigung kann falsch sein. Eine nicht erteilte Genehmigung erscheint zunächst folgenlos. Eine neue Technologie kann Probleme verursachen. Eine Technologie, die deshalb im Ausland entwickelt wird, erscheint in keiner deutschen Schadensstatistik.

Ein Verantwortlicher kann für eine Fehlentscheidung kritisiert werden. Für eine Chance, die nie ergriffen wurde, trägt meist niemand persönlich Verantwortung.

So entstehen Anreize, bei denen **Nichtentscheiden oft sicherer ist als Entscheiden.**

Die OECD weist für Deutschland auf genau einen Teil dieses Problems hin: Regulatorische Alternativen werden in Folgenabschätzungen trotz bestehender Vorgaben häufig nicht ausreichend geprüft; hohe administrative und regulatorische Belastungen erschweren zudem Markteintritt, Wachstum und Innovation.

Auch Scheitern hat einen Preis – aber nicht nur wirtschaftlich

Unternehmerisches Risiko wird zusätzlich dadurch beeinflusst, was geschieht, wenn ein Vorhaben misslingt. Der KfW-Gründungsmonitor 2025 zeigt: Finanzielle Risiken gehören zu den stärksten Gründen für den Abbruch einer geplanten Gründung. Auch

die Angst vor sozialem Abstieg nach einem Scheitern erhöht die Wahrscheinlichkeit deutlich, dass Gründungspläne aufgegeben werden. Damit wird Chancenorientierung auch zu einer Frage der Anreizsysteme. Was wird wirtschaftspolitisch sanktioniert und was wird belohnt? Wie macht man politisch Karriere und womit riskiert man politischen Abstieg?

Genau hier setzen die Unternehmer in den Vision Talks an. Mehrfach wurde gefordert, Unternehmern wieder stärker zuzutrauen, Risiken selbst einzuschätzen. Schließlich tragen sie schon heute Verantwortung für Mitarbeiter, Kunden, Kapital und Standorte.

Ein Gesprächspartner brachte die Haltung auf den Punkt:

*Bürokraten verwalten Risiken, Unternehmer lösen Probleme,
wenn sie da sind.*

Das ist keine Forderung nach Leichtsinn. **92,4 Prozent** verbinden zusätzliche unternehmerische Freiheit ausdrücklich mit Eigenverantwortung und Haftung.

Die Alternative zu übermäßiger Vorabkontrolle ist deshalb nicht Verantwortungslosigkeit. Es ist eine andere Form von Verantwortung: **früher handeln, reale Wirkungen beobachten, Risiken beherrschen und Regeln auf Grundlage tatsächlicher Erfahrung verbessern.**

Warum Ostdeutschland dafür eine Chance bietet

Daraus folgt nicht, dass Menschen im Osten grundsätzlich mutiger oder risikofreudiger wären. Die Besonderheit liegt eher in den Erfahrungen und Strukturen.

Die ostdeutsche Wirtschaft musste sich innerhalb einer Generation grundlegend neu aufbauen. In den Vision Talks wird diese Erfahrung immer wieder als wirtschaftliche Kompetenz beschrieben: Anpassungsfähigkeit, Pragmatismus, Improvisationsfähigkeit und die Erfahrung, dass bestehende Strukturen nicht unveränderlich sind.

„Der Osten ist es gewohnt, aus Nichts was zu machen“, sagte ein Unternehmer. Ein anderer erinnerte an den Geist der frühen Nachwendezeit: **„Machen statt Absichern.“** Damals habe man neue Freiheiten genutzt, weil vieles erst entstehen musste und weniger etablierte Strukturen verteidigt wurden.

Auch externe Befunde passen zu dieser Beobachtung. In einer 2025 vorgestellten Befragung von 40 Führungspersonlichkeiten ostdeutscher Unternehmen bezeichneten sich **73 Prozent** als gut oder eher gut auf kommende Herausforderungen vorbereitet; als Erklärung wird unter anderem die langjährige Transformationserfahrung genannt. Die kleine Stichprobe erlaubt keine Aussage über „die Ostdeutschen“, liefert aber einen interessanten Hinweis auf die besondere Erfahrung heutiger Unternehmensführungen.

Gerade diese Ausgangslage kann ein Vorteil sein: Wo weniger etablierte Großunternehmen, Eigentumsstrukturen und über Jahrzehnte optimierte Systeme dominieren, können die politischen und wirtschaftlichen Kosten des Festhaltens am Bestehenden geringer sein. Neue Lösungen müssen dann weniger häufig gegen mächtige bestehende Strukturen durchgesetzt werden.

Das ist keine Garantie für mehr Mut. Aber es ist eine Chance, **Gestaltung gegenüber Besitzstandswahrung stärker zu gewichten.**

Die neue Rechnung

Chancenmaximierung bedeutet nicht, Risiken zu ignorieren. Sie bedeutet, die Rechnung zu vervollständigen.

Welche Risiken müssen wir wirklich vermeiden – und welche können wir verantwortungsvoll eingehen, um schneller zu lernen, besser zu werden und neue Wertschöpfung aufzubauen?

Risiken verschwinden nicht dadurch, dass Chancen vermieden werden. Sie erscheinen später als stagnierende Investitionen, verlorene Märkte, technologische Abhängigkeit und entgangener Wohlstand.

WOLLEN. KÖNNEN. DÜRFEN.

**WIRTSCHAFTSPOLITIK SOLLTE DORT BEGINNEN, WO JEMAND TATSÄCHLICH ETWAS
UNTERNEHMEN WILL.**

Wachstum entsteht nicht dadurch, dass Politik Zukunftsfelder benennt. Es entsteht, wenn Unternehmer eine Chance erkennen, Kapital einsetzen, Mitarbeiter einstellen, Produkte entwickeln und Kunden gewinnen.

Deshalb sollte der Ausgangspunkt einer neuen Wachstumspolitik nicht die Frage sein, welches Projekt förderfähig ist, sondern: Wer will etwas wirtschaftlich Sinnvolles aufbauen – und was fehlt, damit es gelingt?

Die Befragung zeigt, dass dieser Gestaltungswille vorhanden ist. 62,3 Prozent der Befragten planen grundsätzlich Investitionen oder Erweiterungen, bereiten sie bereits vor oder haben sie beschlossen. Bei 37,7 Prozent hängt die Investitionsbereitschaft ausdrücklich von den Rahmenbedingungen ab.

1. Wollen: Gibt es eine reale wirtschaftliche Chance?

Am Anfang steht ein Unternehmer, nicht ein Förderprogramm. Unternehmen kennen ihre Märkte, ihre Kunden und ihre technologischen Möglichkeiten besser als staatliche Stellen. Sie müssen deshalb selbst entscheiden, wo sie investieren und welches Risiko sie eingehen wollen.

Der Staat sollte nicht versuchen, im Detail die Gewinner von morgen auszuwählen. Seine Aufgabe beginnt dort, wo eine grundsätzlich tragfähige unternehmerische Chance an Bedingungen scheitert, die das einzelne Unternehmen nicht beeinflussen kann.

Das bedeutet auch: Wer öffentliche Unterstützung oder besondere Freiräume nutzt, muss grundsätzlich selbst etwas einsetzen und Verantwortung für das Ergebnis übernehmen.

Förderfähigkeit darf nicht wichtiger werden als wirtschaftliche Tragfähigkeit.

2. Können: Was fehlt, obwohl die Chance da ist?

Nicht jedes sinnvolle Vorhaben scheitert an Regulierung. Unternehmen brauchen Kapital, wettbewerbsfähige Energie, Flächen, Infrastruktur, Fachkräfte, Forschungspartner und Zugang zu Märkten.

Genau das zeigen auch die Vision Talks. Ein Unternehmer formulierte mit Blick auf die Finanzierung:

*Es braucht nicht unbedingt mehr Fördermittel, sondern Kapital
von Partnern, die gemeinsam erfolgreich sein wollen.*

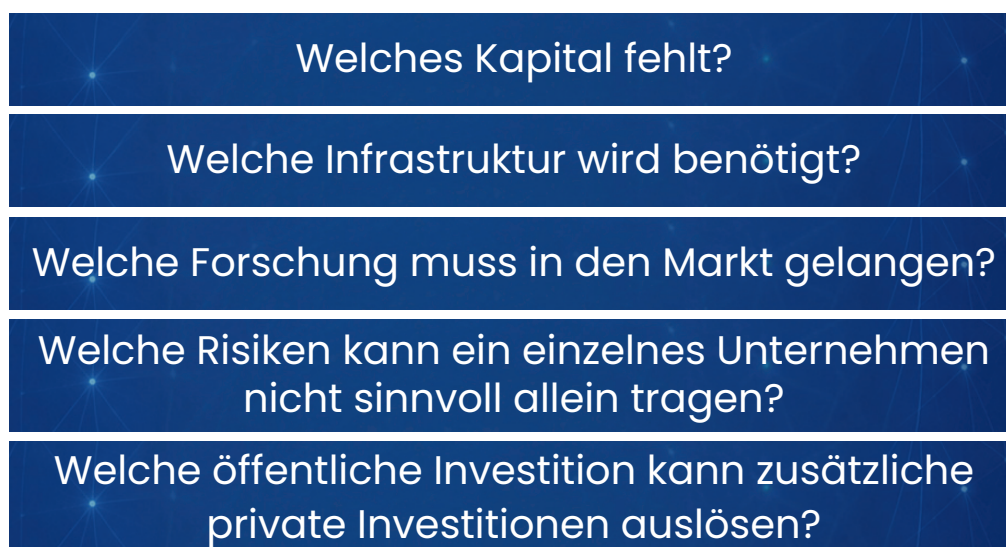
Ein anderer beschrieb eine zweite Lücke:

Wir haben tolle Unis, aber der wirtschaftliche Transfer bleibt aus.

Gerade an dieser Schnittstelle werden die Spielräume derzeit enger. Seit dem **7. Juli 2026** nimmt der Bund vorübergehend keine neuen ZIM-Anträge mehr an. Das trifft ein Programm, das Forschung und Mittelstand besonders eng verbindet: **81 Prozent** der untersuchten ZIM-Kooperationsprojekte wurden gemeinsam mit Forschungseinrichtungen durchgeführt. Auch die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF) und INNO-KOM sind ausdrücklich darauf ausgerichtet, Forschungsergebnisse für mittelständische Unternehmen nutzbar zu machen; INNO-KOM insbesondere in strukturschwachen Regionen. Gleichzeitig sieht der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2027 bei ZIM/IGF, IGF und INNO-KOM zusammen rund **37 Millionen Euro weniger Mittel** vor.

Damit entsteht ein fragwürdiger Widerspruch: **Während Unternehmen einen zu schwachen Transfer von Wissenschaft in wirtschaftliche Wertschöpfung beklagen, geraten ausgerechnet Instrumente unter Druck, die diese Lücke schließen sollen.**

Wo Unternehmen eine Chance sehen, sie aber nicht allein realisieren können, muss deshalb gefragt werden:



Eine Unternehmerin beschrieb ein zutreffendes Bild:

Die Weltwirtschaft ist das Ökosystem, Deutschland ein Landschaftspark darin. Der Staat sollte sich als Gärtner verstehen: den Park so pflegen, dass er im Einklang mit seinem Umfeld gedeihen kann, in Trockenzeiten gezielt helfen, behutsam zurückschneiden und langfristig denken. Aber nicht reflexartig zur Kettensäge greifen oder durch Überdüngung Wachstum erzwingen. Wachsen müssen die Pflanzen selbst.

Gerade beim Kapital sollte sich die staatliche Logik verändern. Öffentliche Mittel sollten privates Kapital möglichst mobilisieren statt ersetzen. Unternehmerisches Eigenrisiko bleibt bestehen. Wo der Staat Risiken mitträgt, sollte daraus zusätzliche wirtschaftliche Aktivität entstehen – und möglichst Kapital, das nach erfolgreicher Finanzierung erneut eingesetzt werden kann.

3. Dürfen: Was verhindert die Umsetzung?

Manchmal sind Kapital, Kompetenz und Markt vorhanden – und trotzdem kommt ein Vorhaben nicht zustande.

98,7 Prozent der Befragten stimmen zu, dass schnellere Behörden und digitale Verfahren allein nicht ausreichen, weil teilweise die zugrunde liegenden Regeln selbst wirtschaftlich sinnvolle Vorhaben verhindern.

89,6 Prozent schlagen vor, dass wirtschaftspolitische Initiativen und Deregulierung von konkreten Unternehmensprozessen ausgehen sollten: Gründen, finanzieren, Flächen sichern, bauen, Energie beziehen, Personal beschäftigen, produzieren, zulassen, verkaufen und erweitern.

Für jedes reale Vorhaben sollten vier einfache Fragen gestellt werden:

Was verhindert die Umsetzung?
Welches Risiko soll die bestehende Regel verhindern?
Wie wahrscheinlich und wie schwerwiegend ist dieses Risiko tatsächlich?
Lässt es sich auf eine weniger hinderliche Weise beherrschen?

Dass die Unternehmer genau hier beginnen wollen, zeigt auch die Priorisierung: Der am häufigsten genannte erste politische Schritt ist die Erfassung konkreter regulatorischer Hindernisse in realen Unternehmensprozessen.

Aus „Wollen“ muss „Machen können“ werden

Die Trennlinie verläuft damit nicht zwischen Staat und Wirtschaft. Beide haben unterschiedliche Aufgaben.

Unternehmen identifizieren Chancen, investieren und tragen unternehmerisches Risiko.

Der Staat schafft die Voraussetzungen, die einzelne Unternehmen nicht selbst herstellen können: verlässliche Regeln, Infrastruktur, Zugang zu Kapital und Märkten sowie dort gemeinsame Risikotragung, wo daraus zusätzliche Wertschöpfung für die Region und darüber hinaus entstehen kann. Und wo staatliche Regeln selbst zum Hindernis geworden sind, muss der Staat bereit sein, sie zu verändern.

Der Staat muss nicht der bessere Unternehmer sein. Er muss dafür sorgen, dass der bessere Unternehmer handeln kann.

WARUM OSTDEUTSCHLAND?

WEIL HIER BESONDERE VORAUSSETZUNGEN ZUSAMMENTREFFEN.

In einem sind sich alle Interview-Teilnehmer einig: Ostdeutschland soll nicht deshalb Realisierungsraum werden, weil hier niedrigere Schutzstandards gelten könnten, weil die Region wirtschaftliche Schonung benötigt oder weil historische Benachteiligungen kompensiert werden sollen.

Die interessantere Begründung ist eine andere: **In Ostdeutschland treffen Voraussetzungen zusammen, die für die nächste Phase wirtschaftlicher Entwicklung besonders wertvoll sein können.**

Dazu gehören industrielle und technologische Cluster, leistungsfähige Hochschulen und Forschungseinrichtungen, verfügbare Flächen, Erfahrung mit tiefgreifendem Strukturwandel und die unmittelbare Nähe zu den dynamischen Volkswirtschaften Polens und Tschechiens.

Hinzu kommt ein Faktor, der schwerer zu messen ist: In einer Region, deren wirtschaftliche Ordnung innerhalb einer Generation mehrfach grundlegend verändert wurde, ist die Vorstellung weniger fremd, dass bestehende Strukturen nicht unveränderlich sind.

Eine Unternehmerin beschrieb diese Erfahrung so:

Ostdeutschland hat einen Strukturwandel in Hochgeschwindigkeit geschafft.

Ein anderer Gesprächspartner formulierte es wesentlich pragmatischer:

Viele ostdeutsche Unternehmer sind es gewohnt, aus Nichts was zu machen.

Weniger Pfadabhängigkeit kann ein Vorteil sein

Viele Schwächen der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur sind bekannt: weniger Konzernzentralen, geringerer privater Kapitalstock, weniger große Unternehmen und geringere Investitionen.

In einer Phase tiefgreifender Veränderung kann ein Teil davon jedoch auch eine andere Seite haben. Wo weniger über Jahrzehnte gewachsene Strukturen, Eigentumspositionen und Geschäftsmodelle verteidigt werden müssen, können die Kosten einer Neuordnung geringer sein.

Neue Lösungen werden in etablierten Systemen zwangsläufig daran gemessen, ob sie vom ersten Tag an mit Strukturen konkurrieren können, die über Jahrzehnte optimiert wurden. Das schützt Bewährtes – kann aber auch Neues früh aussortieren.

Ein weiteres Argument brauchte ein Unternehmer zugespitzt auf den Punkt:

Im Osten gibt es noch Menschen, die sich Wachstum wünschen.

In Ostdeutschland ist der Vermögensaufbau längst nicht abgeschlossen. Wachstum bedeutet hier deshalb stärker als in gesättigten Regionen die Aussicht auf zusätzlichen Wohlstand, Eigentum und wirtschaftlichen Aufstieg – nicht in erster Linie die Veränderung eines bereits komfortablen Status quo.

Wo noch aufgebaut wird, kann Wachstum einen anderen Stellenwert haben als dort, wo vor allem ein hoher Bestand gesichert werden soll.

Raum für neue Wertschöpfung

Hinzu kommen sehr konkrete Standortvorteile. Mehrere Unternehmer nannten verfügbare Flächen als einen der wichtigsten Vorteile Ostdeutschlands. Neue Industrie, Energieerzeugung, Rechenzentren, Logistik oder große Forschungs- und Produktionsstandorte benötigen physischen Raum – und dieser wird in dicht besiedelten Wachstumsregionen zunehmend knapp.

Auch Energie kann zum Standortvorteil werden, wenn Erzeugung, Netze, Speicher und industrielle Nutzung stärker zusammengedacht werden.

Ein Gesprächspartner brachte es knapp auf die Formel:

Raum und Energie haben im Osten bessere Chancen als im Westen.

Allein daraus entsteht allerdings noch kein Wachstum. Flächen, Energie, Wissenschaft und Unternehmen müssen zu funktionierenden wirtschaftlichen Ökosystemen verbunden werden.

Nicht „der Osten“, sondern wirtschaftliche Ökosysteme

Genau deshalb darf ein Freiraum Ostdeutschland kein einheitliches Regelpaket für sechs Bundesländer werden. Das DIW zeigt, wie unterschiedlich die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen inzwischen sind. In vergleichbaren ländlichen Regionstypen ist der frühere Produktivitätsrückstand zwischen Ost und West teilweise praktisch verschwunden. Größere Unterschiede bestehen dagegen weiterhin zwischen einzelnen Branchen, Städten und regionalen Wirtschaftsstrukturen.

Die sinnvollere Einheit ist deshalb häufig nicht das Bundesland, sondern der **Cluster**.

Ein Gesprächspartner brachte es knapp auf die Formel:

Wir müssen den Osten in Clustern denken und die Dinge dort ansiedeln, wo sie ins Ökosystem passen – statt eines One-fits-all-Ost-Ansatzes.

Halbleiter in Sachsen, optische Technologien in Thüringen, Chemie in Mitteldeutschland, maritime Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern oder Energie- und Industrieregionen in Brandenburg benötigen unterschiedliche Voraussetzungen. Ein Realisierungsraum muss deshalb regional und thematisch differenzierbar sein.

Der Wirtschaftsraum endet nicht an der deutschen Grenze

Dasselbe gilt geografisch. Für Sachsen, Brandenburg und Teile Mitteldeutschlands liegen wichtige Wachstumspartner nicht nur in Hamburg, München oder dem Rheinland, sondern unmittelbar östlich der deutschen Grenze.

Polen und Tschechien verfügen über wachsende Unternehmen, industrielle Wertschöpfungsketten, Fachkräfte und Märkte. Eine Wachstumsstrategie für Ostdeutschland sollte diese Nachbarn deshalb nicht als Randlage betrachten, sondern als Teil des wirtschaftlichen Möglichkeitsraums.

Auch dieser Punkt kam in den Vision Talks ausdrücklich zur Sprache:

Wir müssen Polen und Tschechien mitdenken. Dort liegen viele Potenziale als Absatzmarkt, Innovationspartner und Zulieferer.

Aus Transformationserfahrung Transformationsvorsprung machen

Ostdeutschland ist kein homogener Wirtschaftsraum. Nicht jede Region besitzt dieselben Voraussetzungen und nicht jedes Instrument wird überall funktionieren. Gerade deshalb eignet sich die Region für einen anderen Ansatz: nicht ein großes Modell für alle, sondern unterschiedliche wirtschaftliche Ökosysteme, in denen konkrete Hindernisse beseitigt, neue Rahmenbedingungen erprobt und erfolgreiche Lösungen anschließend übertragen werden.

Der historische Strukturbruch allein ist kein Wettbewerbsvorteil. Die daraus entstandenen Kompetenzen können aber einer werden: Veränderungserfahrung, Pragmatismus, verfügbare Räume und weniger verfestigte Strukturen treffen auf industrielle Cluster, Wissenschaft und eine weiterhin unvollendete wirtschaftliche Aufholbewegung.

Ostdeutschland sollte deshalb nicht als Region behandelt werden, die besonderen Schutz braucht – sondern als Region, in der Deutschland etwas Neues wagen kann.

WAS AUS WACHSTUM ENTSTEHEN SOLL

NICHT NUR MEHR AKTIVITÄT. MEHR WIRTSCHAFTLICHE SUBSTANZ.

Wirtschaftspolitik wird häufig daran gemessen, wie viele Programme aufgelegt, Förderanträge bewilligt, Modellprojekte gestartet oder Unternehmen angesiedelt wurden. Das sind sichtbare Aktivitäten. Sie sagen aber noch wenig darüber aus, ob daraus dauerhaft mehr wirtschaftliche Stärke entsteht. Entscheidend ist deshalb eine andere Frage:

Was bleibt, wenn die Förderung endet?

Erfolgreiche Wachstumspolitik muss zusätzliche Investitionen auslösen, privates Kapital mobilisieren, Unternehmen entstehen und wachsen lassen, Forschung in marktfähige Produkte übersetzen und regionale Wertschöpfung dauerhaft erhöhen.

Sie sollte deshalb an Ergebnissen gemessen werden:

- Welche **zusätzlichen Investitionen** wurden ausgelöst?
- Wie viel **privates Kapital** wurde mobilisiert?
- Welche Unternehmen wurden gegründet, erweitert oder übernommen?
- Welche Forschung wurde wirtschaftlich nutzbar gemacht?
- Welche zusätzliche regionale Wertschöpfung ist entstanden?
- Welche Unternehmen, Infrastrukturen und wirtschaftlichen Strukturen bestehen auch nach Ende der staatlichen Unterstützung fort?
- Welcher Teil des eingesetzten Kapitals kann zurückfließen und **erneut wirtschaftlich eingesetzt** werden?
- Wie viel zusätzlicher Kapitalstock und wirtschaftliches Eigentum ist in der Region entstanden?

Wachstum muss auch Vermögen schaffen

Diese Frage ist für Ostdeutschland besonders relevant. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank lag das Median-Nettovermögen privater Haushalte 2023 in Ostdeutschland bei **35.900 Euro**, in Westdeutschland bei **143.200 Euro**. Diese Differenz hat umfassende wirtschaftliche Folgen.

Wer weniger Vermögen besitzt, kann schwieriger Eigenkapital für eine Unternehmensgründung aufbringen, einen Betrieb übernehmen, in neue Produktionsanlagen investieren oder sich an Unternehmen beteiligen. Ein geringerer privater Kapitalstock begrenzt damit auch die Fähigkeit einer Region, Wachstum aus eigener Kraft zu finanzieren.

Der wirtschaftliche Aufholprozess ist deshalb nicht abgeschlossen, wenn Einkommen und Beschäftigung steigen. Er ist erst dann nachhaltig, wenn daraus auch Kapitalbildung, Unternehmenswerte und wirtschaftliches Eigentum entstehen.

Öffentliche Mittel sollten mehr als einmal wirken

Auch daraus folgt eine andere Logik staatlicher Unterstützung. Wo öffentliche Mittel notwendig sind, sollten sie möglichst nicht nur einmal ausgegeben werden. Sie sollten private Investitionen auslösen, Risiken dort begrenzen, wo Unternehmen sie allein nicht tragen können, und nach Möglichkeit Strukturen schaffen, deren wirtschaftlicher Wert erhalten bleibt.

Das kann bedeuten, stärker mit rückzahlbaren Finanzierungen, Beteiligungen, Garantien oder anderen Instrumenten zu arbeiten, bei denen öffentliches Kapital zusätzliche private Mittel mobilisiert und erfolgreiche Investitionen wiederum neue Investitionen ermöglichen.

Ein Euro öffentlicher Unterstützung ist dann besonders wirksam, wenn er **nicht einen Euro wirtschaftliche Aktivität ersetzt, sondern mehrere Euro zusätzliche Aktivität auslöst – und danach weiterhin wirtschaftliche Substanz vorhanden ist.**

Vom Förderfall zum wirtschaftlichen Vermögenswert

Die entscheidende Perspektive ist deshalb nicht:

Wie viel Geld wurde ausgegeben?
Sondern:
Was ist daraus entstanden – und wem gehört es danach?

Eine langfristig erfolgreiche Wachstumspolitik für Ostdeutschland muss deshalb mehr leisten als Beschäftigung und kurzfristige Konjunkturimpulse. Sie muss dazu beitragen, dass Unternehmen wachsen, Kapital in der Region gebildet wird und mehr Menschen unmittelbar an wirtschaftlicher Wertschöpfung beteiligt werden können.

Aus Förderung sollte Investition werden. Aus Investition sollte Wertschöpfung entstehen. Und aus Wertschöpfung dauerhaftes wirtschaftliches Vermögen.

WAS „REALISIERUNGSRAUM“ KONKRET BEDEUTET

VIER HEBEL FÜR MEHR WIRTSCHAFTLICHE UMSETZUNG

Ein Realisierungsraum ist mehr als ein wirtschaftlicher Freiraum. Unternehmen investieren nicht allein deshalb, weil eine Vorschrift entfällt. Sie brauchen funktionierende Verwaltung, geeignete Regeln, Kapital, Infrastruktur, Fachkräfte und Zugang zu Wissen und Märkten.

Der Realisierungsraum verbindet deshalb vier Hebel: Verwaltung, Regulierung, Kapital und Risiko sowie Infrastruktur und Transfer.

1. Verwaltung: schneller entscheiden

Viele Hindernisse entstehen nicht durch das Recht selbst, sondern durch lange Verfahren, wechselnde Ansprechpartner und unklare Zuständigkeiten.

Hier geht es um vergleichsweise klassische Verbesserungen:

- verbindliche Entscheidungsfristen,
- klare Zuständigkeiten und verantwortliche Ansprechpartner,
- konsequent digitale Verfahren,
- zusammengeführte Genehmigungsprozesse,
- Genehmigungsfiktionen dort, wo sie rechtlich und sachlich vertretbar sind.

Der Maßstab sollte nicht sein, wie schnell ein Antrag verwaltet wird, sondern wie schnell ein Unternehmen eine belastbare Entscheidung erhält.

2. Regulierung: Regeln an der Realität prüfen

Wo nicht das Verfahren, sondern die zugrunde liegende Regel ein wirtschaftlich sinnvolles Vorhaben verhindert, reicht Beschleunigung nicht aus. Dann muss es möglich sein, bestehende Vorgaben gezielt zu verändern, zeitlich oder räumlich begrenzt auszusetzen oder durch andere Schutzmechanismen zu ersetzen. Entscheidend bleibt, welches legitime Ziel eine Regel verfolgt – nicht zwingend die bisherige Art, dieses Ziel zu erreichen.

Deutschland verfügt dafür inzwischen über erste Instrumente. Das **Bundeserprobungsgesetz** schafft einen übergreifenden Rahmen für Testläufe im Echtzeitbetrieb und erlaubt in bestimmten Bereichen auch Abweichungen von bestehenden verwaltungsrechtlichen Vorgaben. Erfolgreiche Verfahren können anschließend in allgemeines Recht überführt werden.

Auch die OECD beschreibt regulatorische Sandboxes als kontrollierte Räume, in denen neue Produkte, Dienstleistungen oder Geschäftsmodelle unter regulatorischer Aufsicht praktisch erprobt werden. Ihr entscheidender Vorteil: Chancen und Risiken werden

nicht nur angenommen, sondern anhand realer Erfahrungen sichtbar – und Regulierung kann daraus lernen.

Diese Instrumente sind ein Anfang. Der hier vorgeschlagene Freiraum geht jedoch weiter: **Regulatorisches Lernen soll nicht Selbstzweck bleiben, sondern konkrete wirtschaftliche Tätigkeit ermöglichen.**

3. Kapital und Risiko: private Investitionen verstärken

Ein Unternehmen kann wollen und dürfen – und trotzdem nicht investieren können. Gerade größere Innovations-, Infrastruktur- oder Transformationsvorhaben können Risiken erzeugen, die für ein einzelnes mittelständisches Unternehmen zu groß sind. Staatliche Unterstützung sollte deshalb dort ansetzen, wo sie zusätzliche private Investitionen ermöglicht.

Das bedeutet:

- öffentliches Kapital soll privates Kapital mobilisieren, nicht verdrängen,
- Unternehmer behalten eigenes wirtschaftliches Risiko,
- Garantien, Darlehen, Beteiligungen und andere rückführbare Instrumente sollten dort genutzt werden, wo sie sinnvoller sind als reine Zuschüsse,
- strategische Risiken können gemeinsam getragen werden, wenn der mögliche Nutzen für Region, Deutschland oder Europa über das einzelne Unternehmen hinausgeht.

Die entscheidende Frage lautet nicht: **Wie viel kann der Staat fördern, sondern: Wie viel zusätzliche wirtschaftliche Aktivität kann öffentliche Unterstützung auslösen?**

4. Infrastruktur und Transfer: Voraussetzungen schaffen

Wirtschaftliche Freiheit nützt wenig, wenn die notwendigen Voraussetzungen fehlen. Dazu gehören wettbewerbsfähige Energieversorgung, Flächen und Netze ebenso wie Fachkräfte, Forschungsinfrastruktur, Technologietransfer, öffentliche Beschaffung und Zugang zu neuen Märkten.

Gerade hier zeigt sich, warum Freiraum und klassische Standortpolitik nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Die Aufgabe besteht darin, beides zusammenzuführen: **weniger unnötige Hindernisse und bessere Voraussetzungen für diejenigen, die tatsächlich investieren wollen.**

Was der Freiraum nicht ist

Der vorgeschlagene Freiraum ist

- keine rechtsfreie Zone und Region mit niedrigeren Schutzstandards,
- keine Steueroase und keine pauschale Subventionszone,
- kein wissenschaftliches Experimentierfeld
- und keine bloße Beschleunigung derselben Verfahren.

Es geht auch nicht darum, Unternehmen allein durch steuerliche Vorteile aus anderen Teilen Deutschlands nach Ostdeutschland zu verschieben.

Gerade die internationale Erfahrung mit Sonderwirtschaftszonen zeigt, warum diese Abgrenzung wichtig ist. Der Internationale Währungsfonds kommt 2026 zu dem Ergebnis, dass deren Erfolg sehr unterschiedlich ausfällt. Ein wiederkehrendes Problem ist mangelnde **Additionalität**: Investitionen entstehen nicht zusätzlich, sondern werden lediglich geografisch verlagert. Steuervergünstigungen allein sind nach Auswertung des IMF zudem nicht der entscheidende Erfolgsfaktor. Wichtiger sind verlässliche Institutionen, Infrastruktur, Arbeitskräfte, Marktzugang und die Einbindung in regionale Wertschöpfungsketten.

Entscheidend ist, was zusätzlich entsteht

Damit lässt sich der Erfolg eines wirtschaftlichen Freiraums sehr einfach definieren:

Erfolg ist, was ohne die veränderten Bedingungen nicht entstanden wäre.

Nicht die Zahl der Unternehmen, die formal innerhalb einer besonderen Zone sitzen, ist entscheidend. Sondern:

- die Investition, die sonst unterblieben wäre,
- die Produktionsanlage, die sonst an einem anderen Standort entstanden wäre,
- die Technologie, die sonst nicht zur Marktreife gelangt wäre,
- das Unternehmen, das ohne besseren Kapitalzugang nicht gewachsen wäre,
- die Wertschöpfung, die zusätzlich entsteht.

Ein Realisierungsraum lohnt sich nur, wenn er **neue wirtschaftliche Aktivität erzeugt statt bestehende Aktivität lediglich neu zu verteilen.**

Das ist zugleich sein wichtigster Prüfstein: **Nicht wie besonders die Regeln sind, sondern was durch sie zusätzlich möglich wird.**

VOM PAPIER ZUM ERSTEN VORHABEN

IN 100 TAGEN VOM VORSCHLAG ZUR UMSETZUNG

Aus diesen Befunden leiten die Herausgeber einen konkreten nächsten Schritt ab: einen 100-Tage-Realisierungsprozess.

Die Voraussetzungen für regulatorisches Lernen sind vorhanden. Unternehmen zeigen Investitionsbereitschaft. Und die Befragung macht deutlich, wo sie beginnen wollen: nicht mit einer weiteren Grundsatzdebatte, sondern bei konkreten wirtschaftlichen Vorhaben und den Hindernissen, die ihrer Umsetzung entgegenstehen.

29,1 Prozent der Befragten nennen die Erfassung konkreter regulatorischer Hindernisse in Unternehmensprozessen als wichtigsten ersten politischen Schritt. Eine weitere umfassende Machbarkeits- und Umsetzungsstudie steht dagegen mit **1,3 Prozent** am Ende der Prioritätenliste.

Deshalb schlagen wir einen **100-Tage-Auftrag** vor. Unternehmen und Wirtschaftsverbände identifizieren zunächst eine begrenzte Zahl konkreter Investitions-, Innovations- und Wachstumsvorhaben, die wirtschaftlich plausibel sind und deren Umsetzung heute an äußeren Bedingungen scheitert oder unnötig erschwert wird. Für jedes Vorhaben werden anschließend drei Fragen getrennt beantwortet:

Wollen, aber dürfen nicht:

Welche konkrete Regel, Genehmigung oder staatliche Praxis verhindert die Umsetzung? Welches Risiko soll sie begrenzen – und lässt sich dieses Ziel anders erreichen?

Wollen, aber können nicht:

Welche Infrastruktur, welches Kapital, welche Forschung, welche Fachkräfte oder welche gemeinsame Risikoübernahme fehlen?

Könnten, aber es lohnt sich nicht:

Dann liegt nicht automatisch ein politisches Problem vor. Wirtschaftspolitik sollte kein Geschäftsmodell künstlich tragfähig machen, für das Markt und Nachfrage fehlen.

Nach 100 Tagen sollte für die ersten Vorhaben feststehen:

- welches Unternehmen oder Konsortium die unternehmerische Verantwortung übernimmt, welche Risiken bestehen und wer sie trägt,
 - welche Investition ausgelöst werden soll und welche staatliche Stelle entscheidet,
 - welches konkrete Hindernis beseitigt werden muss,
 - welche Regel gegebenenfalls verändert oder erprobt werden soll,
 - welche Infrastruktur- oder Finanzierungsbeiträge erforderlich sind,
 - welches private Kapital dadurch zusätzlich mobilisiert wird,
- woran nach einem definierten Zeitraum gemessen wird, ob der Ansatz funktioniert.

Rechtliche, wirtschaftliche und wissenschaftliche Prüfungen finden dabei **parallel zur Konkretisierung der Vorhaben** statt. Sie sollen Risiken sichtbar machen und Lösungen verbessern – nicht erneut eine jahrelange Prüfphase eröffnen, bevor überhaupt gehandelt werden kann.

Verantwortung muss einen Namen haben

Ein Freiraum, für den viele zuständig sind, wird am Ende leicht zu einem Freiraum, für den niemand verantwortlich ist. Die Befragung zeigt zugleich, wie wichtig Verlässlichkeit ist: **Fehlende politische Kontinuität über Legislaturperioden hinweg wird mit 24,1 Prozent häufiger als größtes Risiko genannt als jede andere Gefahr.**

Deshalb braucht der Ansatz einen politisch Verantwortlichen mit ressort-, länder- und möglichst legislaturübergreifendem Mandat. Seine Aufgabe besteht nicht darin, wirtschaftliche Chancen auszuwählen oder Unternehmen zu steuern. Er muss Entscheidungen herbeiführen, Zuständigkeiten klären und verhindern, dass konkrete Vorhaben zwischen Ministerien, Ländern und europäischen Ebenen stecken bleiben.

Die Ostbeauftragte kann diese Rolle übernehmen. **81,0 Prozent** der Befragten unterstützen eine entsprechende Initiierungs- und Koordinierungsfunktion. Entscheidend ist jedoch weniger die Institution als ihr Mandat: Wirtschaft benennt Chancen und Hindernisse – Politik organisiert deren Lösung.

Vom Einzelfall zur besseren Regel

Der 100-Tage-Prozess endet nicht bei einzelnen Projekten. Gerade darin liegt der Unterschied zu klassischen Modellvorhaben. Was sich in einem Unternehmen oder Cluster bewährt, muss systematisch darauf geprüft werden, ob daraus eine bessere allgemeine Regel werden kann. Was nicht funktioniert, wird beendet oder verändert.

Und wo ein Risiko tatsächlich eintritt, entsteht zumindest belastbares Wissen darüber, wie es künftig besser beherrscht werden kann.



So entsteht Schritt für Schritt ein lernendes wirtschaftspolitisches System

Das Ziel sind deshalb weder neue Sonderregeln noch ein weiteres Förderprogramm. Das Ziel sind bessere Bedingungen für reales Wirtschaften.

Das nächste Ergebnis darf nicht ein weiteres Papier sein. Das nächste Ergebnis muss ein Vorhaben sein, das unter den heutigen Bedingungen nicht möglich wäre – und in Ostdeutschland realisiert wird.

METHODIK

Die Studie verbindet qualitative und quantitative Verfahren. Ausgangspunkt waren Vision Talks mit ostdeutschen Unternehmerinnen und Unternehmern, aus denen zentrale Hypothesen und Handlungsfelder abgeleitet wurden. Diese wurden anschließend in einer quantitativen Unternehmerbefragung überprüft und priorisiert.

An der Befragung beteiligten sich **138 Mitglieder der Unternehmerverbände aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin**. Die Erhebung fand vom **13. Juli bis zum 14. August 2026** statt. Die ausgewiesenen Prozentwerte beziehen sich jeweils auf die **gültigen Antworten der jeweiligen Frage**.

Die Befragung ist **nicht repräsentativ für die gesamte ostdeutsche Wirtschaft**. Sie dient dazu, wiederkehrende Muster, Wachstumschancen und Investitionshemmnisse aus unternehmerischer Praxis sichtbar zu machen. Externe Studien und Daten dienen der Einordnung und Überprüfung der Befunde. Im Zentrum der Studie stehen die Erfahrungen aus den Vision Talks und die Ergebnisse der Unternehmerbefragung.

Der vollständige Fragebogen sowie ein für Auswertungszwecke anonymisierter Datensatz kann unter Wahrung des Datenschutzes und der Vertraulichkeit der teilnehmenden Unternehmen auf Anfrage bereitgestellt werden.

DIE ZEHN KERNERKENNTNISSE

1.

Ostdeutschland hat kein Potenzialproblem, sondern ein Realisierungsproblem.

Unternehmen, technologische Kompetenzen, Wissenschaft, industrielle Cluster und Investitionsbereitschaft sind vorhanden. Die entscheidende wirtschaftspolitische Aufgabe besteht darin, mehr davon tatsächlich in Investitionen, Wachstum und Wertschöpfung zu übersetzen.

Nichtstun ist auch ein Risiko.

Wirtschaftspolitische Entscheidungen dürfen nicht allein danach beurteilt werden, welche Risiken durch Handeln entstehen könnten. In dieselbe Rechnung gehören unterbliebene Investitionen, verlorene Marktpositionen, nicht entwickelte Technologien und wirtschaftliche Abhängigkeiten, die durch Nichthandeln entstehen.

2.

3.

Nur schneller reicht nicht – auch Regeln müssen sich ändern können.

Digitale Verwaltung, klare Zuständigkeiten und kürzere Genehmigungsverfahren sind notwendig. Sie lösen aber nicht das Problem, wenn die zugrunde liegenden Regeln selbst wirtschaftlich sinnvolle Vorhaben verhindern. Regeln müssen deshalb unter klaren Bedingungen praktisch überprüft, verändert und erfolgreiche Lösungen anschließend verstetigt werden können.

Gestaltungswillen braucht Freiraum – Verantwortung gehört zum Unternehmertum.

Unternehmer tragen bereits heute Verantwortung für Mitarbeiter, Kunden, Kapital und Standorte. Eine chancenorientierte Wirtschaftsordnung sollte ihnen deshalb mehr zutrauen und weniger Entscheidungen vorsorglich vorwegregulieren. Mehr Handlungsspielraum bedeutet dabei nicht weniger Verantwortung, sondern mehr Eigenverantwortung für Entscheidungen und deren Folgen.

4.

5.

Wirtschaftspolitik sollte beim Unternehmer beginnen, nicht beim Förderprogramm.

Ausgangspunkt muss ein konkreter Unternehmer mit einer wirtschaftlich plausiblen Chance sein. Politik sollte nicht im Detail bestimmen, welche Geschäftsmodelle Zukunft haben. Ihre Aufgabe ist es, die Voraussetzungen zu schaffen, damit Unternehmen handeln können: Hindernisse beseitigen, Infrastruktur ermöglichen, Kapital mobilisieren und dort Risiken teilen, wo einzelne Unternehmen sie sinnvoll nicht allein tragen können. und erfolgreiche Lösungen anschließend verstetigt werden können.

6.

Ein Realisierungsraum bedeutet wirtschaftlicher Freiraum und mehr als Deregulierung.

Wachstum entsteht aus dem Zusammenspiel von Verwaltung, geeigneter Regulierung, Kapital und Risikotragfähigkeit sowie Infrastruktur und Technologietransfer. Energie, Flächen, Fachkräfte, Forschung, Finanzierung und Marktzugang gehören deshalb ebenso zur Realisierungsagenda wie der Abbau unnötiger Regeln.

Wirtschaftliche Freiheit braucht Offenheit, Rechtsstaatlichkeit und faire Chancen.

Eine erfolgreiche Wirtschaftsregion kann nur in einer offenen und verlässlichen Ordnung funktionieren. Herkunft oder Biografie dürfen über wirtschaftliche Chancen nicht entscheiden. Deutschland lebt von internationalen Märkten, Kapital, Forschung und Fachkräften. Weltoffenheit ist deshalb kein gesellschaftspolitisches Zusatzprogramm, sondern wirtschaftliche Standortvoraussetzung.

7.

8.

Ostdeutschland kann zum Vorreiter werden – nicht wegen geringerer Standards, sondern wegen der Ausgangslage vor Ort.

Industrielle Cluster, Wissenschaft, verfügbare Räume, Transformationserfahrung und die Nähe zu Mittel- und Osteuropa treffen auf weniger verfestigte wirtschaftliche Strukturen. Gleichzeitig ist der Aufholprozess bei Investitionen, Unternehmensgröße und Vermögensbildung nicht abgeschlossen. Wo noch aufgebaut wird, besitzt Wachstum einen anderen Stellenwert als in Regionen, in denen vor allem ein hoher Bestand gesichert werden muss.

Wachstum muss dauerhafte wirtschaftliche Substanz schaffen.

Der Erfolg von Wirtschaftspolitik bemisst sich nicht am Fördervolumen, sondern daran, was danach vorhanden ist: zusätzliche Investitionen, wachsende Unternehmen, wirtschaftlich genutzte Forschung, Kapitalstock, Eigentum und Wertschöpfung. Öffentliches Kapital sollte deshalb möglichst privates Kapital mobilisieren, mehrfach wirken können und wirtschaftliche Substanz schaffen, die auch nach Ende einer Förderung erhalten bleibt.

9.

10.

Ostdeutschland soll erproben, was Deutschland und Europa anschließend nutzen können.

Der wirtschaftliche Freiraum ist kein dauerhaftes Sonderrecht. Unternehmen und Verbände sollten mit konkreten Vorhaben beginnen, reale Hindernisse identifizieren und innerhalb eines klaren Zeitraums Lösungen erproben. Was funktioniert, muss auf andere Regionen und schließlich in den allgemeinen Rechtsrahmen übertragbar sein.

Der nächste Schritt ist deshalb kein weiteres Konzept, sondern ein erstes Vorhaben, das unter den heutigen Bedingungen nicht möglich wäre – und unter den neuen Bedingungen realisiert wird.

Impressum

Herausgeber

Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin
c/o Unternehmerverband Brandenburg-Berlin e.V.

Drewitzer Straße 47

14478 Potsdam

Erarbeitet in Zusammenarbeit mit

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung

Ostdeutscher Verlag GmbH

Schandauer Str. 64

01277 Dresden

Pressekontakt

comprend GmbH

Schloßstr. 12

14467 Potsdam

Herr Martin L. Metzen

Verantwortlich für den Inhalt

Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin

© 2026 Interessengemeinschaft der Unternehmerverbände Ostdeutschlands und Berlin